

Wie die Alten von den Alten erben könnten

SP-Nationalrätin Ursula Hafner möchte die AHV mit einer Erbschaftssteuer finanzieren

Erbschaftssteuer statt Mehrwertsteuer zur Sicherung der AHV. Das fordert die Schaffhauser Nationalrätin Ursula Hafner. Die SP-Fraktionschefin holt sich mit diesem Vorschlag den Applaus der Genossen – und den Zorn der Bürgerlichen.

Sybille Oetliker

Wer vermögend stirbt, soll einen Teil seiner Hinterlassenschaft an den Fiskus abgeben: Mit der Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer will die Schaffhauser SP-Nationalrätin Ursula Hafner die Finanzierung der AHV sicherstellen. Ihre kürzlich eingereichte Motion hat die bürgerlichen Parteien aufgeschreckt.

Politische Auseinandersetzungen scheut Ursula Hafner nicht. Im Dezember wurde sie zur Präsidentin der grössten Fraktion im Bundeshaus gewählt, und sie ist nebst Parteipräsident Peter Bodenmann zu einem der wichtigsten Sprachrohre der SP geworden. Die Politik füllt mehr als zwei Drittel ihres Berufsalltags aus. Seit über acht Jahren im Nationalrat, hat sich Hafner vor allem als Sozialpolitikerin einen Namen gemacht. Als Präsidentin der Jugendkommission wurde sie über ihre Partei hinaus bekannt.

Engagement für alte Häuser und im Bundeshaus

Politisiert wurde die Frau über Verkehrsvorlagen. Sie wehrte sich in Zürich und in Schaffhausen gegen den Abbruch von alten Häusern zugunsten von Strassenbauprojekten. «Da habe ich gemerkt, dass politische Änderungen erkämpft werden müssen und dass es den Rückhalt einer Partei braucht.» Die SP war die naheliegende. Mit ihrem Beitritt zur Partei Ende der siebziger Jahre wurde die Politik immer mehr zu ihrem Metier. Ihr Pensum als Französischlehrerin am Gymnasium in Schaffhausen hat sie stark gekürzt. Heute stellt Hafner fest, dass die Politik für sie auch den Reiz der Horzonterweiterung hat.

Ihre warme Ausstrahlung tue der Fraktion gut, sagt ein Parteikollege, und fügt hinzu: Wirklich schwer gemacht habe es ihr die Fraktion bisher nicht. Die Bewährungsprobe stehe noch bevor, wenn es einmal

darum gehe, wichtige verkehrs- oder energiepolitische Weichenstellungen vorzunehmen.

Werte wie soziale Gerechtigkeit und Frieden bedeuten der Schaffhauserin viel. Sie gilt als vermittelnde Politikerin. «Das ist mein Charakter», sagt sie. Bürgerliche sehen in der SP-Frau aber auch eine überzeugte Sozialdemokratin, der in gewissen Fragen Dogmatismus nachgesagt wird. So etwa, als sie sich für das Referendum gegen die 10. AHV-Revision einsetzte, weil sie nicht akzeptieren wollte, dass parallel zur Einführung von Splitting- und Bonussystem das Frauenrentenalter erhöht wurde. Ihre Anliegen vertritt sie dezidiert, und sie gibt auch mal ihrem Ärger über «Hasler und Co.» Ausdruck, die die Fundamente des Sozialstaates in Frage stellten.

Auf lange und politisch harte Auseinandersetzungen macht sie sich gefasst, wenn sie ihre Motion zur Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer dereinst im Parlament verteidigen muss. Der Steuerertrag soll zur Finanzierung der AHV verwendet werden, lautet ihr Vorschlag. Zwar weiss Hafner ihre Partei hinter sich. Doch im bürgerlichen Lager stösst ihr Vorschlag auf kalte Ablehnung.

Der Bund dürfe nicht ins Steuersubstrat der Kantone eingreifen, ein wichtiger Standortvorteil der Schweiz stehe auf dem Spiel. Der Vorschlag weise zudem weg von der dringend nötigen Stärkung der Eigenverantwortung. Und überhaupt sei die Besteuerung von Erbschaften so etwas wie ein Angriff auf die Privatsphäre und auf traditionelle Wertvorstellungen der Schweizer, warnt etwa Gerold Bühner, FDP-Nationalrat und neben Ursula Hafner der zweite Vertreter des Kantons Schaffhausen in der grossen Kammer. Vor einer allfälligen Volksabstimmung jedenfalls habe er keine Angst; zu unpopulär sei der Vorschlag der SP, ist der Finanzpolitiker überzeugt. Erst vor ein paar Jahren wurde im Kanton Schaffhausen die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen mit dem Segen des Volkes abgeschafft.

Eine Zeitungsumfrage macht Ursula Hafner Mut

Doch Ursula Hafner lässt sich nicht beirren: Die Kantone will sie für ihr Anliegen dadurch gewinnen, dass ein Teil der Einnahmen des Bundes an diese zurückfliessen soll. Auch Kantone, welche die Erbschaftssteuer abgeschafft haben, müssten also an dem Vorschlag Interesse haben, ist sie überzeugt. Und die «reichen Patrioten» würden deswegen das Land kaum verlassen.

Zur Lebensqualität gehöre es, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit einer gesicherten Altersrente rechnen könnten, sagt Hafner. Deswegen sei es sinnvoll, mehr Mittel für die AHV zur Verfügung zu stellen. Dazu nötig sei neben Lohn- und Mehrwertsteuerprozenten eine

Schaffhausens Nationalrätin Ursula Hafner: Vorschlag gegen AHV-Löcher.

Erbschaftssteuer. Eine vom «Brückenbauer» durchgeführte Umfrage bestärkt ihre Ansicht: 45 Prozent der Leserinnen und Leser stimmten in einer nicht repräsentativen Umfrage dem Vorschlag von Hafner zu.

Von vielen wird ihr pragmatisches Politisieren über die Parteigrenzen hinweg geschätzt. Die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Frauen der Bundesratsparteien für eine Mutterschaftsversicherung hat ihr auch bei bürgerlichen Frauen Wohlwollen gebracht. Nicht zuletzt ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass die Arbeitsgruppe letzte Woche einen Vorschlag vorgelegt hat, wie die von vielen Seiten bekämpfte Mutterschaftsversicherung doch noch gerettet werden könnte: dank der Finanzierung über eine Umlagerung der gewinnabwerfenden Erwerbersatzordnung. Während es aber zweifelhaft ist, ob die bürgerlichen Frauen von ihren Parteien in dieser Frage unterstützt werden, rechnet Hafner mit der Zustimmung ihrer Genossen. Offen ist noch, wie die zuständige Bundesrätin Ruth Dreifuss den Vorschlag aufnehmen wird.